

Lutherstadt Wittenberg

Absender:	Antrag	Datum:
Fraktion FREIE WÄHLER	A-011/2019	27.02.2019
Beratungsfolge:	Termin:	Status:
Stadtrat	27.03.2019/22.05.2019	öffentlich
Bauausschuss	06.05.2019	öffentlich
Betrifft:		Eingang Sitzungsbüro:
Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER - Aussetzung von Maßnahmen für grundhaften Straßenausbau in Lutherstadt Wittenberg und den Ortsteilen		27.02.2019
<u>Beschlussvorschlag:</u>		
<p>Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt die zeitweilige Aussetzung der Durchführung neuer grundhafter Straßenausbaumaßnahmen und deren Abrechnung nach der z. Zt. gültigen Straßenausbaubeitragssatzung für das Jahr 2019, ausgenommen sind Maßnahmen die im Zusammenhang mit anderen Straßenbaulastträgern in Durchführung stehen.</p>		
<u>Begründung:</u>		
<p>Aufgrund der aktuellen Lage steht dieses durch Volksinitiativen initiierte Thema in mehreren Landesparlamenten, so auch in Sachsen-Anhalt die vollständige Abschaffung der Straßenausbausatzungen demnächst zur Entscheidung an. Es ist davon auszugehen, dass das Gesetz rückwirkend zum 01.01.2019 verabschiedet wird.</p> <p>Die Erhebung erfolgt ausschließlich an Grundstückseigentümer unabhängig von der Fremd- oder Eigennutzung, sie sind nicht fix kalkulierbar und nicht als Nebenkosten umlegbar. Im Rahmen wiederkehrender Abrechnungen werden die Bürger seit Jahrzehnten permanent belastet. Das betrifft zunehmend existenzbedrohend ältere Bürger mit geringem Einkommen und Gewerbetreibende mit nicht unerheblichen jährlichen Beträgen. Auch die Kommunen mit ihrem Eigenanteil stoßen an ihre Grenzen. Es werden häufig Straßen grundhaft ausgebaut bei denen es einfach nur an Pflege, Instandhaltung Maßnahmen und Reparaturen mangelt.</p> <p>Die permanenten Rechtsstreitigkeiten und meist resultierenden Vergleiche Erhöhen den Kostenanteil der Stadt und führen zu Mindereinnahmen im Haushalt.</p>		
<i>Hierzu erläuternd auszugsweise den textlichen Teil zur Volksinitiative FAIRE STRASSE:</i>		
<p>Darin wird der Landtag aufgefordert, die Landesregierung zu beauftragen,</p> <ul style="list-style-type: none">• die im Kommunalabgabengesetz (KAG-LSA- Fassung der Bekanntmachung vom 13.Dezember 1996) in § 6 vorgeschriebenen Straßenausbaubeiträge schnellstmöglich abzuschaffen, um die Bürger zu entlasten und Rechtsicherheit für Bürger und Kommunen herzustellen.• sich klar gegen die Einführung einer „Kann-Regelung“ zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen auszusprechen, da diese keine Lösung bestehender Probleme ist und gerade finanzschwächere Kommunen benachteiligt.• den kommunalen Finanzausgleich auf Landesebene so abzuändern, dass dessen Gelder künftig anteilig auch für die Verbesserung oder Erneuerung von Ortsstraßen und beschränkt-öffentlichen Wegen herangezogen werden können.• im Sinne eines einheitlichen Verwaltungsvollzugs darauf hinzuwirken, dass Bescheide aufgrund von Straßenausbaubeitragssatzungen bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens nicht mehr erlassen werden.		
gez. Stefan Kretschmar Fraktionsvorsitzender FREIE WÄHLER		